

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 2190 38/39  
Telefax: 886 846 ppbn d  
Telefax: 210864

## Inhalt

Ernst Haar MdB unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung der Personallage im Güterverkehr: Lokführer fehlen - Güterzüge stehen still. Seite 1

Walter Momper, Berlins Regierender Bürgermeister, zieht eine Bilanz aus 100 Tagen rot-grüner Koalition: Weichenstellungen für eine neue Politik (Teil III und Schluß) Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB verlangt Konsequenzen aus der Forderung der Bevölkerungsmehrheit nach einem Tempolimit: Wann wird Zimmermann sich der Vernunft beugen? Seite 6

44. Jahrgang / 122

29. Juni 1989

Lokführer fehlen - Güterzüge stehen still

Eine Wehr- und Zivildienstbefreiung könnte die angespannte Personallage entlasten

Von Ernst Haar MdB  
Vorsitzender der deutschen Eisenbahnergewerkschaft

Seit Wochen stehen, von der Öffentlichkeit kaum registriert, Sondergüterzüge bei der Bahn still, weil sich der im Triebfahrzeugdienst besonders prekäre Personalmangel täglich weiter zuspitzt. Bis zum Jahresende ist mit einem Fehlstand von 1.500 Lokführern zu rechnen.

In einem persönlichen Gespräch mit dem Bundesverkehrsminister Dr. Zimmermann habe ich ihn aufgefordert, alle gangbaren Wege auszuloten, um notfalls auf unkonventionellem Weg eine rasch wirksame Entlastung der angespannten Personallage zu erreichen. Die Nachwuchskräfte für die Lokführerlaufbahn kommen überwiegend aus dem Kreis ausgebildeter Handwerker der DB. Da sich gegenwärtig 220 ausgebildete Triebfahrzeugführer im Grundwehr- oder Zivildienst befinden, sind wir übereingekommen, beim Bundesminister der Verteidigung auf deren Freistellung hinzuwirken.

Im Hinblick auf das öffentliche Interesse an der Aufrechterhaltung einer geordneten Verkehrsbedienung sollte außerdem die Einberufung laufbahnbefähigter Eisenbahner zurückgestellt werden. Damit könnten zumindest erste Maßnahmen mit Sofortwirkung ergriffen werden. Da sich die DB-Unternehmensstrategie auf wachsende Leistungen einstellt, ist es unausweichlich, notwendige Konsequenzen aus dem untragbar gewordenen Personalabbau der zurückliegenden Jahre zu ziehen. Dies gebietet angesichts einer Personalpolitik, die sich zunehmend zur Personalmangel-Verwaltung entwickelt hat, auch die Sicherheit des Bahnbetriebs und der Gesundheitsschutz der Eisenbahner.

Bahnchef Dr. Gohlke hat mir gegenüber eine Initiative begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich dadurch die akuten Personalengpässe kurzfristig abmildern ließen. (/29.6.1989/st/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Presseshaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwert und Versand.

\* \* \*

Kemfalter Original  
mit wertvollen Pakete  
Recycling-Papier



Weichenstellung für eine neue Politik (Teil III und Schluß)

-----  
100 Tage rot-grüner Senat in Berlin

Von Walter Momper  
Regierender Bürgermeister von Berlin

- 49) Der Senat entscheidet (vom 1.6.89), daß der Südübergang im Bereich Großbeeren/Schichauweg gebaut wird. Es wird die ökologisch am wenigsten schädliche Planungsvariante bevorzugt; die Marienfelder Feldmark bleibt erhalten.
- 50) Die Bauverwaltung entscheidet nach Prüfung aller Alternativen über die Beseitigung des Nadelöhres am Sachsenamm. Es wird eine kleinere Lösung gefunden, bei der die Umweltbelastungen geringer gehalten werden, als bei der ursprünglichen Planung und die zugleich schnell realisierbar und preisgünstig ist.
- 51) Der Senat stoppt vorläufig das immer teurer werdende M-Bahn-Projekt und beginnt Verhandlungen mit AEG und Bundesministerium für Forschung und Technologie (Mitte 1989).
- 52) Der Senat führt aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes Tempo 100 auf der Avus ein. (Gültig ab 18. Mai 1989).
- 53) Der Regierende Bürgermeister sagt die Schirmherrschaft für das Autorennen auf der Avus ab. Während des Autorennens werden von der Senatsverwaltung für Umweltschutz Lärmmessungen vorgenommen.
- 54) Der Senat legt einen Gesetzentwurf zur Änderung des Berliner Richtergesetzes (Zusammensetzung des Richter-Wahlausschusses) vor.
- 55) Die Koalition beschließt, auf der ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer einzubringen.
- 56) Senatorin Stahmer entscheidet, daß die Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) im Amt bleibt.
- 57) Der Senat schafft zwei Beschäftigungspositionen zur Errichtung eines Referats "Gleichgeschlechtliche Lebensweisen" (Nachtragshaushalt).
- 58) Der Senat schafft zehn Stellen und drei Beschäftigungspositionen für die Einrichtung einer Abteilung für Frauenpolitik in der Senatsverwaltung für Frauen, Jugend und Familie.
- 59) Der Senat bewilligt 12 Stellen für Mitarbeiterinnen der bezirklichen Frauenbeauftragten.
- 60) Der Senat verzichtet auf die Eigenbeteiligung der betroffenen Frauen in den Frauenhäusern (4. April 1989).
- 61) Der Senat stellt 8,9 Millionen DM für den Bau zusätzlicher und für die beschleunigte Fertigstellung bereits im Bau befindlicher Kitas bereit.
- 62) Senatorin Anne Klein fährt nach Zypern, um zwei dort angeklagten Berlinerrinnen, die vergewaltigt wurden und den Täter getötet haben, Hilfe anzubieten (2. Mai 1989).

- 63) Der Senat beschließt mehr Geld für Kindertagesstätten freier Träger. Ab 1. Januar 1990 wird ein fester Betrag pro Tag für jedes betreute Kinde gezahlt. Das Platzgeld erhöht sich um drei Prozent und ab 1. Januar 1991 nochmals um zwei Prozent.
- 64) Der Senat erreicht in Verhandlungen mit dem Bund, daß die Berliner Quote für die Aufnahme von Aus- und Übersiedlern halbiert wird.
- 65) Der Senat bereitet für die Bezirke eine Schuldnerberatung vor.
- 66) Die Sozialhilfe wird ab 1. Juli 1989 um fünf Prozent erhöht.
- 67) Die Monatskarte der BVG kostet für Sozialhilfeempfänger ab dem 1. Oktober 1989 nur noch 10 DM. (Bisher nur ab 60. Lebensjahr).
- 68) Die Sozialhilfe für Asylbewerber wird wieder bar ausgezahlt. Pauschale Kürzung für diesen Personenkreis wird abgeschafft.
- 69) Der Senat beschließt aufgrund der fortgeschrittenen Planung und angesichts fehlender Alternativen die Fortführung der Planung für das Klinikum Rudolf Virchow.
- 70) Der Senat beschließt, die Finanzhilfe des Bundes im Rahmen des Länderfinanzausgleiches (72 Millionen DM pro Jahr) fünftig für zusätzliche Investitionen im U- und S-Bahn-Bau zu verwenden. Die stufenweise Inbetriebnahme weiterer S-Bahnstrecken ist vorgesehen.
- 71) Der Senat legt einen Nachtragshaushalt vor. Damit werden die hinter den Erwartungen der alten Regierung zurückbleibenden Steuereinnahmen und die zusätzlichen, in der Finanzplanung der alten Regierung nicht vorgesehenen Lasten, die vor allem durch die Asbestsanierung und die Betreuung von Aus- und Übersiedlern entstehen, ausgeglichen. Darüber hinaus werden Beträge zur Einleitung der neuen Politik, insbesondere für Investitionen im Bereich des ökologischen Stadtumbaus, eingesetzt. Die Verschuldung des Landes Berlin erhöht sich trotz erheblicher Einsparungen um insgesamt 382 Millionen DM.
- 72) Der Senat beschließt ein Konzept zum beschleunigten Abbau von Steuerrückständen. (Ziel: 50 Millionen DM Mehreinnahmen jährlich).
- 73) Der Senat beschließt den Erwerb des ehemaligen Hotels "Esplanade".
- 74) Der Senat beschließt die Aufgabe des Hotelbauprojektes "Haus Cumberland" und spart dadurch 80 bis 100 Millionen DM ein.
- 75) Die Verhandlungen über die Bundeshilfe für den Berliner Haushalt 1990 sind mit einer Steigerung um 2,3 Prozent abgeschlossen worden. Sie wird 12,8175 Milliarden DM betragen (21. Juni 1989).
- 76) Das Wohnungsbauprogramm wird um 500 Wohneinheiten auf 7.000 Wohneinheiten im Jahr 1989 aufgestockt (Nachtragshaushalt).
- 77) Landeseigene Grundstücke werden zur Bebauung nur noch an städtische und gemeinnützige Wohnungsunternehmen vergeben.
- 78) Es wird eine Arbeitsgruppe zur Vermeidung des Wohnungsleerstandes eingesetzt.

- 79) Es wird ein Beauftragter für Initiativen aus der Bevölkerung zur Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse eingesetzt.
- 80) Es wird über den Nachtragshaushalt für landeseigene Wohnungen ein Mietensstop für die Jahre 1989 und 1990 beschlossen (9. Mai 1989).
- 81) Berlin trägt bei den Bauministern der Länder eine Initiative zur Wiedereinführung der Mietpreisbindung in Ballungsgebieten vor (fünf Prozent Kapazitätsgrenze bei Neuvermietungen, verbindlicher Mietspiegel als Tabellenmiete, Wegfall des Kriteriums der Wohnlage, verbesserter Kündigungsschutz bei Umwandlung in Eigentumswohnungen).
- 82) Senat stoppt Planung für Bau von Großgaragen und plant dort stattdessen den Bau von Wohnungen.
- 83) Bezirkliche Bauämter werden personell verstärkt.
- 84) Auch nach dem Inkrafttreten der Bonner Steuerreform Anfang nächsten Jahres werden die städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Berlin mit ihren circa 250.000 Wohnungen gemeinnützig bleiben und dadurch Steuerbefreiungen erhalten können. Der Senat beschloß, die Gesellschaftsverträge der neun betroffenen Gesellschaften entsprechend zu ändern (20. Juni 1989).
- 85) Die Senatorin für Wissenschaft und Forschung legt Vorschläge für die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes vor, mit denen die Mitbestimmungsrechte vor allem der Studenten erweitert werden sollen.
- 86) Die Schulsenatorin löst die umstrittene Film-Kommission auf, die über den Einsatz von Filmen für den Schulunterricht entschieden hatte und in den Geruch der Zensur geraten war.
- 87) Der Senat bereitet die Auflösung der Akademie der Wissenschaften und die Integration der dort begonnenen Projekte, soweit als möglich, in die vorhandenen Hochschuleinrichtungen und Institute vor.
- 88) Der Senat stellt für die Fachhochschulen zusätzlich 54 Stellen bereit (Nachtragshaushalt).
- 89) Der Senat bewilligt 14,7 Millionen DM zur Verbesserung der Situation an den Universitäten und Hochschulen (Nachtragshaushalt).
- 90) Für in Not geratene ausländische Studenten stellt der Senat 0,4 Millionen DM im Rahmen eines Kurzzeitstipendien-Programms bereit.
- 91) Der Senat beschließt, das Studentendorf Schlachtensee kurzfristig wieder instand zu setzen.
- 92) Der Senat beschließt die Beteiligung Berlins an der zweiten Phase des Computer-Investitionsprogramms (CIP) für Schulen und Hochschulen.

93) Der Senat setzt die Arbeitszeitverkürzung für Lehrer um und beschließt die Schaffung von 525 zusätzlichen Stellen ab dem 1. August 1989 (Nachtagshaushalt).

94) Der Senat schafft 242 zusätzliche Lehrerstellen für die schulische Betreuung der Kinder von Aus- und Übersiedlern (Nachtragshaushalt).

95) Der Senat sichert in Verhandlungen mit dem Bundesminister des Innern die Fortsetzung der Finanzierung der Förderung der Berliner Festspiele. Die weitere Finanzierung des Berliner Jazz-Festes erscheint nach den Vorgaben des Bundesministeriums allerdings fraglich.

96) Kultursenatorin Anke Martiny besucht Herbert von Karajan und erhält von diesem die Mitteilung, daß er sein Amt als Chefdirigent des Berliner Philharmonischen Orchesters niederlegen werde. Der Senat dankt Herbert von Karajan für sein Engagement in Berlin und für sein Lebenswerk (24. April 1989).

97) Der Senat fördert die Ausstellung Gegenwart - Ewigkeit der Guardinistiftung mit 3,2 Millionen DM.

98) Die Mittel für die Förderung freier Gruppen und Künstler werden um eine Million DM auf 5,6 Millionen DM aufgestockt (Nachtragshaushalt).

99) Der Senat beschließt die Einsetzung einer Sonderkommission Arbeitsplätze für Berlin unter Leitung des Regierenden Bürgermeisters sowie von zwei Unterkommissionen.

100) Der Senat beschließt, die Wiederbesetzung von Arbeitsplätzen, die durch die Vereinbarungen über den Vorruhestand frei geworden sind, finanziell zu fördern (bis zu 1.600,-- DM/Monat).

(-/29.6.1989/st/ks)

\* \* \*

### Wann wird Zimmermann sich der Vernunft beugen?

Immer mehr Menschen wollen ein Tempolimit

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Ombann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Wir brauchen ein Tempolimit auch auf Autobahnen. Es reduziert den Schadstoffausstoß der Kraftfahrzeuge, stoppt den Verkehrstod und spart Energie. Die Mehrheit der Bundesbürger will ein Tempolimit. Die Quick-Umfrage hat es belegt. Den Automobilclubs liegen angeblich ähnliche Umfrage-Ergebnisse vor. Der politische Druck für ein Tempolimit wird stärker. Die Zahl der Befürworter wächst.

- Über 75 Prozent der Frauen wollen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h auf Autobahnen. Der Anteil der autofahrenden Frauen wird sich in den nächsten Jahren aber noch erhöhen.

- Je älter die Bundesbürger sind, desto mehr wollen sie ein Tempolimit. Auch insoweit gibt es Zuwächse. Das Durchschnittsalter der Bundesbürger steigt.

- Immer mehr Fahrzeuge drängen auf das bundesdeutsche Straßennetz. Da aber eine Geschwindigkeitsbegrenzung die Kapazität überlasteter Straßen erhöht, wird auch insoweit der Druck auf ein Tempolimit wachsen.

Auf unseren Straßen wird viel zu schnell gefahren. Dieses Fahrverhalten empfinden die Bundesbürger zunehmend als lebensbedrohend - zu recht: Überhöhte Geschwindigkeit ist die häufigste Unfallursache. Die Massenkarambolage mit mehreren Toten auf der Autobahn A 8 bei Stuttgart vor wenigen Tagen ist der erschütternde Beleg, daß viel zu schnell gefahren wird.

Auf den bundesdeutschen Straßen brauchen wir weniger gefährliche Verhaltensweisen. Wir brauchen eine Fahrmentalität, die von Gelassenheit geprägt wird. Wir müssen lernen, mit dem Kraftfahrzeug gelassen und entspannt umzugehen.

Ein Tempolimit verlangsamt die PKW mit extrem hohen Geschwindigkeiten. Gleichzeitig beschleunigt es die langsameren Fahrzeuge. Die Geschwindigkeitsunterschiede werden kleiner. Insgesamt wird der Verkehr gleichmäßiger und flüssiger und in der Folge davon eben sicherer. Es ist erwiesen, daß ein Tempolimit Menschenleben rettet.

Die USA haben 1974 ein Tempolimit von 55 Meilen (88 km/h) eingeführt, um Energie zu sparen. Insgesamt sank die Zahl der Verkehrstoten innerhalb eines Jahres allein aufgrund des Tempolimits um 3.000 bis 5.000.

Im Zuge der Energiekrise gab es in der Bundesrepublik im Winter 1973/74 ein Tempolimit von 100 km/h für Autobahnen. Die Bundesanstalt für Straßenwesen, eine nachgeordnete Behörde des Bundesverkehrsministeriums, hat ermittelt, daß infolge des Tempolimits die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten um 40 bis 50 Prozent zurückgegangen ist.

Auch beim Abgasgroßversuch von 1985 hat es sehr viel weniger Verkehrsunfälle gegeben. Die Rückgänge waren deshalb weniger stark, weil dieses Tempolimit häufig nicht beachtet worden ist. Mitglieder der Bundesregierung haben damals sogar zu Geschwindigkeitsüberschreitungen aufgefordert. Die EG hat inzwischen ein einheitliches Tempolimit von 120 km/h für Europa vorgeschlagen. In eine solche europäische Lösung paßt auch der Beschluß der Verkehrsministerkonferenz von 130/km für Autobahnen.

Wir brauchen ein vernünftiges Tempolimit aber nicht nur für Autobahnen, wir brauchen es ebenfalls für Landstraßen und Wohngebiete. (-/29.6.1989/st/ks)